

noch sagen! Die Antwort unseres Parteitages — so meine ich — sollte für den sozialdemokratischen Parteivorstand und für alle Sozialdemokraten Anlaß zu einer nüchternen Bestandsaufnahme sein. Sie sollte das Ziel haben, die Sozialdemokratische Partei endlich aus der für sie und für Westdeutschland verhängnisvollen Gefangenschaft und Hörigkeit zu befreien.

Eine Westberliner kapitalistische Zeitung meinte, die SED wünsche den Dialog „in eine Diskussion über die Änderung der Politik der Bundesrepublik umzumünzen“. Das ist nicht eine Frage der SED, sondern der Wunsch vieler Sozialdemokraten, der Mitglieder der Gewerkschaften, der humanistisch gesinnten Intelligenz und vieler werktätiger Bauern. Jawohl: Die Änderung der Politik der Führung der Bundesrepublik ist durch die CDU selbst auf die Tagesordnung gesetzt. Denn ohne eine Änderung dieser Politik, ohne Verzicht auf die Alleinvertretungsanmaßung und Verzicht auf Atomrüstung ist eine Entspannung nicht denkbar. Aber nicht nur die Völker in beiden deutschen Staaten, sondern alle Völker Europas möchten in Frieden leben. Deshalb sind auch die Völker der kapitalistischen Staaten Westeuropas an der Herstellung normaler Beziehungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten interessiert. Wer die europäische Sicherheit will, der muß doch die elementarsten Grundsätze der gleichberechtigten Zusammenarbeit und Achtung der Souveränität jedes europäischen Staates respektieren.

Obwohl durch die Politik der Minister der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei die Kluft zwischen unseren beiden Parteiführungen tiefer geworden ist, werden wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß schließlich die westdeutschen Sozialdemokraten den Weg zur Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands finden werden. Wir bleiben zur Verständigung bereit. (Beifall.)

Heute aber sind die sozialdemokratischen Minister in der Regierung Kiesinger/Strauß offenbar der Ansicht, für die Sozialdemokratie sei es die beste Politik, im Interesse der Monopole alle Lasten der ökonomischen Krisen auf die Arbeiter und Angestellten, die Bauern, die Intelligenz und die Rentner abzuwälzen.

Die sozialdemokratischen Minister in der Regierung Kiesinger/Strauß halten es offenbar für eine sozialdemokratische Politik, bei der Notstandsgesetzgebung mitzuwirken und damit die Grundlagen für eine Notstands-diktatur der CDU/CSU über das westdeutsche Volk zu schaffen. Der Verständigung zwischen den deutschen Staaten und zwischen unseren beiden